

5048/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann
und Kollegen an den
Bundesminister für Inneres
betreffend die NS - Wiederbetätigung des Vereines "Dichterstein Offenhausen" im Sinne des § 3 Verbotsgesetz.

In einer Presseaussendungen an die APA zu OTS088 vom 24. April 1998 um 10:39 Uhr hat das Bundesministerium für Inneres u. a. folgendes behauptet:

"Die einschlägige Ausrichtung des Vereines und die beabsichtigten Ehrungen im Rahmen des Treffens Ende April 1998 geben den Behörden Anlaß zur Annahme, daß ein Verstoß gegen § 3 Verbotsgesetz vorliegt. Der § 3 Verbotsgesetz besagt, daß es jedermann untersagt ist, sich für die NSDAP oder Ihre Ziele irgendwie zu betätigen."

Die Entscheidung der Sicherheitsbehörden, die Tätigkeit des Vereines einzustellen, stützt sich unter anderem auch auf ein Rechtsgutachten von Univ. Prof. DDr. Heinz Mayer, der aufgrund von Publikationen des Vereines zum Ergebnis fortgesetzter Wiederbetätigung kommt.

Die Sicherheitsbehörden werten die Ehrungen dieser Personen als dem Wiederbetätigungsverbot des § 3 Verbotsgesetz zuwiderlaufende Handlungen.

Das Verfahren zur grundlegenden Auflösung des Vereines „Dichterstein Offenhausen“ wegen des Verdachtes der NS - Wiederbetätigung basiert vor allem auf einem neuen Rechtsgutachten von Universitätsprofessor DDr. Heinz Mayer, der laut Ministerium "aufgrund von Publikationen des Vereines zum Ergebnis fortgesetzter Wiederbetätigung kommt".

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres folgende

Anfrage:

Haben Sie die in Ihrer Presseaussendung vom 24. April 1998 angezeigte Sachverhaltsdarstellung der zuständigen Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Beurteilung übermittelt? -

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum haben Sie dies unterlassen?